

FRÜH AUFSTEHEN FÜR DEN WOCHENMARKT

Ost-Berlin, 7. Mai 1989: Mit den gefälschten Kommunalwahlen beginnt das Ende der DDR

fh – Wohl kein Monat erfreut sich in Deutschland so großer Beliebtheit wie der Mai, der in Volksliedern besungen und von den Liebenden als ihr „Wonnemonat“ ersehnt wird. Zur Freude am Mai trägt sicher bei, dass er hierzulande gleich mit einem arbeitsfreien „Tag der Arbeit“ beginnt und eine Reihe von Feiertagen verspricht. Je nach dem Ostertermin liegen Christi Himmelfahrt und Pfingsten oft und manchmal sogar noch Fronleichnam im Mai. Aber diese christlich-katholische Perspektive aus Westdeutschland lässt sich auch von einer ostdeutschen Sicht ergänzen: Zwar musste am „Tag der Befreiung“, also am 8. Mai, gearbeitet werden, aber er war doch Anlass für wortmächtige Bekundungen, öffentliche Feierlichkeiten und manche zusätzliche Verpflichtung zur Planerfüllung. Und auch wenn Himmelfahrt in der DDR 1967 als Feiertag gestrichen wurde – als „Herrentag“ blieb der westliche „Vatertag“ trotzdem im Gedächtnis und wurde nach Möglichkeit feucht-fröhlich begangen. Pfingsten war arbeitsfrei geblieben und wurde von der FDJ wiederholt zu ihren Deutschlandtreffen genutzt, so auch 1989.

Der Maianfang 1989 stand in der DDR allerdings, nach den vom befohlenen Jubel fröhlicher Menschen beklatschten Paraden am 1. Mai, vorerst ganz im Zeichen der Kommunalwahlen am ersten Sonntag des Monats, also am 7. Mai 1989. Auch wenn es bekanntlich bei den Wahlen in der DDR nicht viel zu entscheiden gab, waren die Ost-Berliner Tageszeitungen in der Woche vorher voll von entsprechenden Beiträgen zur Motivation und Einstimmung: „273 445 Kandidaten stellen sich am 7. Mai zur Wahl“, wusste es das die SED-Parteizeitung *Neues Deutschland* (3.5.1989) ganz genau. Bejubelt wurden nicht nur eingelöste „Wahlversprechen“, so zum Beispiel der soeben eröffnete Südpark im stark umweltbelasteten Chemiestädtchen Wolfen und eine moderne Produktionsanlage in Rathenau, die jährlich 40 Millionen Metallreißverschlüsse für den Binnenmarkt, aber auch den Export produzieren sollte (NZ 6.5.1989). Auch im Prestigeprojekt Wohnungsbau wurde Planerfüllung als Beitrag zur Wahl gefeiert („Mit erfüllten Plänen zur Wahl – 8568 Wohnungen übergeben; BZ 5.5.1989). In einer ganzseitigen Reportage schaut das CDU-Zentralblatt *Neue Zeit* in ein sächsisches Städtchen mit einem CDU-Bürgermeister: „Radeburg vor den Wahlen“ (NZ 5.5.1989) erweist sich als zum 700. Stadtgeburtstag herausgeputzte Idylle, „in der man auf Schritt und Tritt auch das soziale und kulturelle Wachstum spürt“. Bürgermeister Schober freut sich, dass das Jubiläum der Stadt ins Jahr der 40-Jahr-Feier der DDR fällt: So hat man als erste Stadt im Kreis Dresden das Dachprogramm erfüllt. Postamt, Filmtheater, die „zentrale Lebensmittelverkaufsstelle“ und sogar der alte Ratskeller stehen in „gutem, rekonstruiertem Zustand wieder zur Nutzung“ zur Verfügung – also hatte es offenbar zuvor längere Zeit kein Kino in Radeburg gegeben. Porträts örtlicher CDU-Kandidaten, darunter das besonders liebevolle eines allseits bekannten Obermedizinalrats, der auch am Straßenrand mal Sprechstunde hält, runden das Bild einer scheinbar heilen und behüteten Welt ab.

Auch das *Neue Deutschland* porträtiert Kandidaten: Dabei steht der Hohenschönhausener Bäckermeister Hans-Joachim Blauert nicht einmal für die SED, sondern für die NDPD auf dem Wahlvorschlag der Nationalen Front (ND, 5.5.1989). Während er sich vor Ort um fehlende Mülleimer kümmert und Straßenbäume vor dem Abholzen rettet, kämpft er bei der Berliner Handwerkskammer dafür, traditionelle Backtechniken – wie das Flechtgebäck – dem Nachwuchs zu vermitteln. Liest man diese Texte gegen den Strich, so werden manche Alltagsnöte – im DDR-Jargon „nicht-antagonistische Widersprüche“ – erkennbar. Bäckermeister Blauert sorgte sich zum Beispiel längere Zeit darum, dass eine leer stehende Backstube wieder besetzt wurde – immerhin waren nun wieder fünf Bäcker in Hohenschönhausen, dem Nordost-Bezirk der DDR-Hauptstadt, wo die Staatssicherheit besonders dicht vertreten war, für die Versorgung der Bevölkerung aktiv; also, mehr Schrippen für die Stasi ...

Zu den kleinen, signifikanten Meldungen am Rande gehören in den Ost-Berliner Zeitungen begeisterte Hinweise auf die Wiedereröffnung der Freiluft-Wochenmärkte in den Kiezen der DDR-

Hauptstadt. Laut ND (4.5.1989) wurde der Saisonstart des Sommermarkts an der Markthalle sogar mit Blasmusik gefeiert. Zwei Bilder zeigen die Marktstände, an denen neben Havelobst und Gemüse auch Keramik, Spielwaren, Schmuck und Textilien angeboten werden. Am gleichen Tag berichtet die BZ vom beliebten Wochenmarkt am Stierbrunnen, der bereits am 19. April wieder eröffnet wurde. Auch hier belegen die Fotos „Hochbetrieb“ an den Ständen. Mit einem gewissen Schrecken liest man hingegen die Öffnungszeiten: Mittwoch 6-10 Uhr und Freitag 6-9 Uhr! Das bedeutete also: Früh aufstehen zum Wochenmarkt – wer zu spät kommt, den bestraft ein leerer Obststand. Bemerkenswert auch, dass natürlich im Winter der Wochenmarkt ganz offenbar ausfällt!

Westdeutsche Themen kommen in dieser Mai-Woche in den Ost-Berliner Blättern angesichts des „Wahlkampf“-Endspurts naturgemäß vor allem kontrastiv heraus: Das gilt insbesondere für das Problemthema Wohnung: In einer Reportage der *Berliner Zeitung* wird die dramatische Situation des Münchner Wohnungsmarkts mit Inseraten aus der dortigen Presse ausgemalt: „Die Gewinne stimmen – auch ohne zu bauen“ lautet die Überschrift (2.5.1989). Das ND widmet der Leistungsbilanz des DDR-Wohnungsbaus eine ganze Seite. Ausführlich sinniert das Mitglied einer Rostocker Hausgemeinschaftsleitung über die Sanierung der nördlichen Altstadt und setzt dann zum Vergleich an: „Während in unserem Rostocker Haus je Quadratmeter monatlich nur 90 Pfennig zu zahlen sind und die Kosten für Heizung und Warmwasser nur 70 Pfennig betragen, sind in der Hafenstadt Hamburg 20 Mark je Quadratmeter – in solcher Wohngegend wie bei uns – keine Seltenheit. Niedrige Mieten wie bei uns kann es nur geben, wo Wohnungen kein Spekulationsobjekt, keine Ware sind.“ Die Redaktion sekundiert mit einer Reportage aus Düsseldorf: „und so machen in der BRD Immobilienspekulanten Bürgern das Leben zur Hölle“.

Ein anderes Thema, das am ersten Mai-Wochenende in den westdeutschen Medien die Titelseiten bestimmt, wird in der DDR nicht aufgegriffen. Im seit Monaten bundesweit mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Abtreibungsprozess gegen den Frauenarzt Dr. Horst Theissen verhängte das Landgericht Memmingen am 5. Mai 1989 ein drakonisches Urteil: zwei Jahre und sechs Monate Haft und drei Jahre Berufsverbot. Theissen soll in 36 Fällen ohne „Notlagen“-Indikation dem Wunsch der Frau nach einer Abtreibung gefolgt sein, in weiteren 39 Fällen mit Notlagen hätte er Kollegen oder Beratungsstellen einbeziehen müssen. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (6.5.1989) jubelt der Kommentator: „Ein standhaftes Gericht“. Denn in der öffentlichen Debatte war von einem „Hexen“- oder einem „Schauprozess“ die Rede. Schließlich war Schwangerschaftsabbruch seit den frühen 70er Jahren ein Aufregerthema der Medien. Kritik entzündete sich unter anderem am Vorsitzenden Richter und seiner mitunter unsensiblen Wortwahl. Selbst der FAZ-Kommentar muss einräumen: „Es mag sein, daß jener Prozeß nicht in allem glücklich geführt worden ist.“ Im *Spiegel* urteilte Gerichtsreporter Gerhard Mauz sehr viel kritischer, wenn er die Fronten, in die sich das Gericht eindeutig auf einer Seite positioniert hatte, zugespitzt als „Krieg“ bezeichnet: „Dieses Urteil trennt die Menschen in der Bundesrepublik voneinander. Es scheidet Menschen von Unmenschen.“ Menschen, so ist zu ergänzen, sind die Verteidiger des ‚ungeborenen Lebens‘. Die anderen leiden nach Auffassung des Gerichts unter einem „bedrückenden Verlust des allgemeinen Wertbewusstseins“, sie sind letztlich Mörder. (Sp. 19/1989, S. 30ff.) Auch die *Süddeutsche Zeitung* geht mit den Richtern ins Gericht: Ihr Kommentar vermisst klare und nachvollziehbare Argumente der Richter für ihr Urteil. „Sie haben, grob gesagt, über den Daumen gepeilt“, waren nur „ein bißchen weniger unbarmherzig“ als die Staatsanwälte, die Theissen und die Frauen vor Gericht gezogen hätten (SZ 6.5.1989).

Bemerkenswert, dass dieses sehr westdeutsche Problem – in der DDR gab es seit 1972 eine Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch – in der DDR-Presse unbeachtet blieb, wenigstens im hier verfolgten unmittelbaren Zeitraum. Umgekehrt war die DDR in der westlichen Presse ausgesprochen vielgestaltig im Blick, darunter nicht zuletzt auch die – offenkundig doch nicht so langweilige – Kommunalwahl. Schon im Vorfeld berichtet Peter-Jochen Winters über „Tips zur

Kommunalwahl“ (FAZ 5.5.1989), die die Evangelische Kirche der DDR zusammengestellt habe. Hier erfährt man u. a., dass erstmals auch Kleintierzüchter, Feuerwehr und Volkssolidarität bei dieser Wahl Vorschläge für die Einheitsliste machen durften und sich dort auch 131 Ausländer finden. Denn erstmals hatten in der DDR Ausländer aktives und passives Wahlrecht. Spannende Informationen gewinnt Winters aus einem „Extrablatt“ einer kirchlichen Gruppe in Ost-Berlin. Hier wird genau beschrieben, wie man – früheren Entscheidungen von Wahlvorständen folgend – mit „Nein“ stimmt, nämlich indem sämtliche Namen des Wahlvorschlags sorgfältig durchgestrichen werden. Leichter sei es, seine Stimme ungültig zu machen: Man muss genau „ungültig“ auf den Wahlschein schreiben. Aber die *Süddeutsche Zeitung* beruhigt die nach Meinung des FAZ-Autors verunsicherte und nervöse Partei- und Staatsführung der DDR, die gar „Demonstrationen am Wahltag“ fürchte: „Trotz einer diesmal recht kritischen Stimmung in der Bevölkerung und trotz [...] mancher Aufklärungsversuche aus der Kirche und aus Bürgerrechtsgruppen darf wieder mit einer fast hundertprozentigen Wahlbeteiligung und einer ebenso hohen Zustimmung gerechnet werden“ (SZ 6./7.5.1989).

Ein welthistorisches Ereignis, das in den kommenden Monaten die Veränderungen in Europa wesentlich anstoßen sollte, wird in den Westmedien zwar wahrgenommen, aber doch eher am Rande. Ein Einspalter der SZ (3./4.5.1989) informiert über „Ein erstes Loch im Vorhang“, also die ungarischen Maßnahmen zur Öffnung des Eisernen Vorhangs, mit denen am 2. Mai 1989 begonnen wurde. Die FAZ (3.5.1989) schaut in einem Kurzkomentar in die Zukunft: „In den Ferienmonaten wird zu sehen sein, ob weniger Touristen aus kommunistischen Ländern in das nun ‚offene‘ Ungarn reisen dürfen.“ Noch aber herrscht in der DDR das Grenzregime und so gehören Fluchtberichte zum deutschen Alltag dieser Maitage, etwa über zwei junge Ostdeutsche, die am 30. April die tschechischen Grenzanlagen nach Bayern „ohne Zwischenfall“ (SZ 3./4.5.1989) überwunden hatten.

Aber auch viel Erfreuliches unter den deutsch-deutschen Nachrichten wäre zu konstatieren, etwa die bevorstehende, erstmalige Teilnahme von DDR-Theatern beim West-Berliner Theatertreffen, was das Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung* (3./4.5.1989) in launige Erwartungen versetzt: „Unsere Brüder und Schwestern regelrecht leibhaftig, Pupille in Pupille auf unseren Bühnen! Sinnsuche, festlich erhöht.“ Verräterisch ist die Doppel-Semantik des zweimaligen „unser“! Auch Sibylle Wirsing kann in ihrem FAZ-Bericht (3.5.1989) – allerdings als Schlussbericht vom Ost-Berliner Theatertreffen – die Geschwister-Metapher nicht entbehren. Sie spießt Volker Brauns „Übergangsgesellschaft“ in der Inszenierung von Thomas Langhoff auf: Die herrschende Depression sei halt nur ein Übergangsstadium, denn die „Brüder und Schwestern“ befänden sich ja „im Sozialismus in der DDR, also, dem Anschein zum Trotz, auf dem aufsteigenden Ast“. Bei so viel Häme mag man sich in den Reiseteil der gleichen FAZ-Nummer flüchten, wo Brigitte Macher romantisch zwischen Saale und Unstrut unterwegs ist: „In die alte deutsche Mitte“. Ganz verliebt entdeckt sie verschlafene Dörfer in der Mittagssonne, blickt von Burgruinen in weite Wiesenlandschaften und steht in Naumburg enttäuscht vor der verschlossenen Wenzelskirche, bevor sie im Dom vor den Stifterfiguren über deutsche Geschichte nachdenkt. So idyllisch hatten die Westler die DDR richtig gern.

Ach ja, und wie sind die Wahlen ausgegangen? Nicht die erwarteten 99,9 %, nur 98,85 % stimmten für den Wahlvorschlag. Umgekehrt hieß das aber, dass über 150.000 DDR-Bürger gegen den Wahlvorschlag gestimmt oder, was aufs Gleiche hinauslief, ungültig gewählt hatten. Eine Opposition zeichnete sich ab - und dabei waren diese Zahlen noch gefälscht, wie bald von den Bürgerrechtlern offenbar gemacht werden sollte. Aber das ist schon ein Thema der nächsten Woche ...

Quellen:

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/>
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1989.html>
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung
(Mikro-Filme der Universitätsbibliothek Bochum)